

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferrung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a. Fernruf: P 7. Jannowitz 5009. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 230 B

BERLIN • Freitag, den 30. September 1932

I. JAHRGANG

Der nächste Schritt zum Faschismus = Streikverbote

Die englische Unabhängige Arbeiter-Partei und die Einheitsfront.

H.M. Am 31. Juli beschloß die englische Unabhängige Arbeiter-Partei (ILP) auf ihrem außerordentlichen Kongreß in Bradford ihren Austritt aus der Labour Party. In einer Rede, die er auf dem Kongreß gehalten hat und die in einer Beilage des „New Leader“, der Wochenzeitschrift der ILP, und teilweise in der SAZ wiedergegeben worden ist, legt Fenner Brockway die Gründe dar, die die ILP zu diesem Schritt bewogen haben. Wir fassen diese Gründe kurz zusammen:

Die ILP wurde 1893 gegründet und hat 1900 bei der Gründung der Labour Party, einer Dachorganisation von Arbeiterverbänden, mitgeholfen. Sie hat seitdem in engster Gemeinschaft mit der Labour Party gearbeitet. „Nach einer solchen Erfahrung“, sagt Brockway, „kann nur Grundsätzliches die Trennung rechtfertigen.“

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß die Politik und Organisation der Labour Party den Bedürfnissen der Arbeiterklasse nicht genügen, und daß die Freiheit, die nötig ist, um sie heute zu einem tatkräftigen sozialistischen Werkzeug zu machen, Sozialisten innerhalb der Partei jetzt verweigert wird.“

Obwohl die Labour Party seit Ende des Krieges nicht mehr lediglich Organisationen, sondern auch Einzelmitglieder aufnimmt, sind die Organisationen, für die bei Abstimmungen eine gemeinsame Parole bindend ist, doch bei weitem am einflussreichsten in der Partei. Einzelmitglieder dürfen in der Partei arbeiten; Einfluß zu erringen, ist ihnen sowie kleineren Organisationen innerhalb der Labour Party, schon allein gegenüber der Dreieinhalb-Millionen-Macht der Gewerkschaften, unmöglich. „Auf dieser Grundlage kann eine Partei nur funktionieren, wenn eine Gesinnungsgemeinschaft zwischen den zusammengeschlossenen Organisationen besteht.“ Diese Gesinnungsgemeinschaft fehlt aber in der Labour Party. Vor dem Kriege nannte sie sich nicht einmal sozialistisch. 1918 erklärte sie sich endlich als sozialistische Partei“, sagte Tawney, ein Mitglied der Labour Party. „Sie glaubte und glaubt, daß sie es dadurch geworden sei. Das ist ein Irrtum. Sie stellte einen Wunsch fest, das ist alles. Der Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen.“

Die ILP dagegen war bei ihrer Gründung eine sozialistische Partei. Sie ist oft nicht einverstanden gewesen mit der Politik der Labour Party und hat im Parlament dagegen gestimmt. Zusammen mit MacDonald und Snowden stimmte sie von 1914 bis 1918 gegen alle Kriegskredite, während die Labour Party, mit Henderson an der Spitze, in der Regierung saß und 8000 Mitglieder der ILP wegen Kriegsdienstverweigerung ins Gefängnis setzte.

Im Jahre 1929 griff die Labour Party zu der Maßnahme, die die Lage der ILP von Grund auf änderte: sie führte den Fraktionszwang ein. Es würde der ILP also unmöglich gemacht, im Parlament weiter eine eigene Gruppe zu bilden, für die die Labour Party die bloße Dachorganisation war, und zu stimmen, wie sie es für richtig hielt.

Die ILP lehnte sich gegen diese Maßnahme auf, weil sie der Ansicht war und ist, daß die Labour Party durch ihre Politik Verrat am Sozialismus begähe, und die ILP nicht die Absicht hat, sich an diesem Verrat zu beteiligen. Als Verrat bezeichnet die ILP die Finanzpolitik der Labour-Regierung und ihre Haltung in der Abrüstungs- und Kolonialfrage und den wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber der Arbeiterklasse.

Da von der Labour Party keine sozialistische Politik zu erwarten ist, sieht die ILP heute zwei Aufgaben: mit dem Reformismus zu brechen und sich zu einer sozialistischen Politik zu vereinigen.

Der Eintritt in die KP ist dadurch versperrt, daß diese Partei England nach dem Muster Rußlands behandeln will und das Zustandekommen der Einheitsfront hindert. Grundsätzliche Unterschiede zur KP bestehen nicht.

Wie will die ILP ihr Programm verwirklichen? Die Arbeit der ILP, über die in der Partei allerdings weder Einigkeit noch Klarheit besteht, umfaßt, nach den Darlegungen Fenner-Brockways, folgende Punkte:

Gewerkschaften sollen beim Lohnabbau helfen! 3000 M. Geldstrafe für Zuwiderhandlungen.

Die Arbeitgeber der Schuhindustrie in Weissenfels haben beim Amtsgericht Weissenfels gegen die Gewerkschaften eine einstweilige Verfügung erwirkt, die den Gewerkschaften verbietet, den streikenden Arbeitern in der Schuhindustrie tatsächliche oder finanzielle Unterstützung zu gewähren, den Streik weiter zu organisieren und öffentliche Kundgebungen an die Einwohnerschaft zu erlassen. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß in den Weissenfeler Schuhfabriken der tarifliche Zustand wieder hergestellt, d. h. nach Ansicht der Unternehmer, daß der Notverordnungslohnabbau durchgeführt wird. Den Gewerkschaften ist für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von je 3000 Mark im Einzelfall angedroht. Der Arbeitgeberverband hat auf diese einstweilige Verfügung hin die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die Arbeiter sind dieser Aufforderung natürlich nicht gefolgt, woraus die Gewerkschaften Belege für die Belegschaften sämtlicher Weissenfeler Schuhfabriken ausgesprochen haben, um die Arbeiter durch eine Aussperrung

AUS DEM INHALT:

Englands Gegner in Indien.
Der mißglückte Sprengstoffversuch.
Der Wunschzettel der Preußen-Regierung.
Finanzsorgen bei den Nazis.
Wieder Nazi-Terror.

mürbe zu machen. Von dieser Maßnahme werden etwa 1200 Arbeiter der nichtbestreikten Betriebe betroffen. Die Gewerkschaften und die Weissenfeler Arbeiter werden aber wohl Mittel und Wege zur Durchführung ihres Kampfes zu finden wissen, ohne daß sie deshalb in Strafe genommen werden können. Die Gewerkschaften haben gegen die einstweilige Verfügung Einspruch erhoben, über den am Freitag vor dem Amtsgericht Weissenfels verhandelt wird.

Kommt ein Streikverbot?

Sorgt für einheitliche Abwehr!
Eine Anzahl Arbeitgeberverbände, darunter der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, fordert von der Regierung Papon Maßnahmen gegen die Abwehrkämpfe, mit denen die Arbeiter die Lohnherabsetzungen beantworten. Begründung u. a.: „weil die einzelnen Firmen allein zum Kampf zu schwach und Solidaritätsmaßnahmen der Arbeitgeber unmöglich“ sind.
Die Regierung soll nicht abgeneigt sein, den Industriellen mit einem Streikverbot aus der Verlegenheit zu helfen.

Da der Lohnabbau auf Grund der Notverordnung das Einkommen vollbeschäftigter Arbeitergruppen aber bereits auf und sogar unter den Stand der Wohlfahrtsunterstützungssätze heruntergedrückt hat, wird allerdings auch ein Streikverbot die Arbeiter nicht mehr hindern, die Arbeitsplätze zu verlassen. Ja, es ist sogar zu hoffen, daß im Falle solcher Verbote die Einheitsfront der Arbeiterschaft von den Betrieben aus einen starken Impuls bekommen wird, der den Heroismus weckt und der Arbeiterschaft hilft, trotz solcher Verbote den Lohnabbau abzuwehren.
Für die Gewerkschaften ist mit der Forderung des Streikverbotes durch die Unternehmer der Kampf um ihre Existenz angebrochen. Ohne Streikrecht haben die Gewerkschaften keine Daseinsberechtigung mehr.

1. Die ILP will ihr Äußerstes tun, eine Mehrheit in Parlament und in Gemeinderäten zu erhalten, ist aber im Notfalle zur Revolution bereit.
 2. Die Mitglieder der ILP sollen gute Arbeit in Gewerkschaften und Genossenschaften leisten, in den Letzteren, weil sie glauben, daß ein Durchbruch über den Kapitalismus erlangt würde.
 3. Die politische Demokratie soll durch die Wirtschaftsdemokratie vervollständigt werden. Industrie, Land und Banken sollen in Gemeinbesitz übergehen. Waren sollen nur von solchen Ländern gekauft werden, die bereit sind, die gleiche Menge Waren von England zu kaufen.
„Wir leben in einer Zeit, in der wir dem sterbenden Kapitalismus den letzten Schlag versetzen können. Wir glauben, daß wirtschaftliche und politische Ereignisse alle kleinen bewußten Arbeiter und ehrlichen Sozialisten zu derselben Ueberzeugung bringen werden, und die ganze Arbeiterbewegung sich hinter der roten Fahne des Sozialismus und der ILP versammeln wird.“
- „Ist diese neue Spaltung der Arbeiterschaft berechtigt?“
Wir fragen zunächst: liegt der Fall der ILP überhaupt anders, als der der SAP in Deutschland? Wenn er es nicht tut, brauchen wir nur auf das hinzuweisen, was wir seiner Zeit über die Gründung der SAP geschrieben haben:
„Die SAP übernimmt... die Hauptursachen für das Versagen einer sozialistischen Partei. Sie bringt der Arbeiterschaft nichts Grundsätzlich Neues. Sie hat demnach grundsätzlich keine Berechtigung.“ (ISK vom November 1931.)
Aber schon eine flüchtige Betrachtung zeigt, daß wesentliche Unterschiede bestehen in der Spaltung der SPD und der Labour Party.
Der entscheidende Unterschied ist der, daß die ILP die Dachorganisation der Labour Party als Partei verläßt und auf ihr ursprüngliches Ziel zurückgreift, dessen Erreichung ihr organisatorisch versagt worden ist. Die SAP dagegen ist

eine Oppositionsbewegung, die im wesentlichen da noch einmal anfangen will, wo die eigene Partei vor Jahren angefangen hat.
Weitere Unterschiede bestehen in Fragen der Taktik. Die Labour Party will den Sozialismus durch Parlamentsbeschlüsse verwirklichen. Die ILP hat zwar auch das Ziel, eine Mehrheit im Parlament zu bekommen, will aber nötigenfalls einen gewaltsamen Umsturz wagen. Über die Frage der revolutionären Taktik bestehen innerhalb der ILP allerdings so schwerwiegende Unterschiede, daß die ILP eines Tages vor weiteren Spaltungen stehen kann.
Ist der taktische Unterschied zwischen den beiden Parteien eine hinreichende Rechtfertigung für die weitere Spaltung des Proletariats? Können Fragen der Taktik dafür überhaupt hinreichend sein?
Die zweite Frage müssen wir bejahen. Gerade die Frage: Revolution oder Kampf um die Mehrheit? ist von so entscheidender Bedeutung für den Erfolg sozialistischer Arbeit, daß sie eine Spaltung rechtfertigen kann.
Aber damit ist die erste Frage noch nicht beantwortet. Da die ILP es erst mit der Mehrheit im Parlament versuchen will, steht sie da, wo die österreichischen Sozialdemokraten stehen und von jeher innerhalb der II. Internationale stehen konnten. Denn worin äußert sich das Revolutionäre, wenn man fest entschlossen ist, sein Äußerstes zu tun, um eine Mehrheit zu erhalten? Brockway stellt seine Ansicht hierüber so dar:
Zur Durchführung der Revolution wäre die Partei in einer günstigen Lage, wenn sie Machtpositionen, und zwar die Leitung von Polizei und Armee, in ihre Hände brächte. Er hofft, solche Machtpositionen durch Mehrheiten in Parlament und Gemeinderäten zu erlangen. Wenn es sich dann darum handelt, die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten zu brechen, so werden die Arbeiterorganisationen gezwungen sein, den Kapitalismus mit Gewalt zu stürzen, also zur Revolution zu greifen.
Es ist aber, nach Brockways eigener Ansicht, möglich, daß die Kapitalisten es durch Errichtung einer offenen Diktatur rechtzeitig verhindern, daß die Revolution auf dem

Boden der Demokratie vorbereitet wird. In diesem Fall müssen die Arbeiter sofort den direkten Kampf aufnehmen.

Wie steht es mit der Durchführbarkeit dieser Theorie? Brockway hat Recht, wenn er befürchtet, daß Kapitalisten es nicht zulassen werden, daß Revolutionäre wirkliche Machtpositionen im kapitalistischen Staat in die Hand bekommen, wie die ILP sie sich wünscht. Selbst Verwaltungsstellen und Posten in Armee und Polizei kann man ihnen fortnehmen, sobald die Kapitalisten das für erforderlich halten. Beispiele in anderen Ländern zeigen das sehr drastisch.

Wenn die ILP entschlossen ist, den Weg zur Revolution solange mit Parlaments- und anderen Wahlen zu pflastern, bis die Kapitalisten ihnen das durch Errichtung einer offenen oder verhüllten Diktatur unmöglich machen, so besteht die Gefahr, daß die Kapitalisten die ILP eines Tages auf parlamentarischen Wege kaltstellen, so kalt, daß sie ihren Sozialismus auf Eis legen können.

Der Plan der ILP hat aber noch eine andere Gefahr. Er erfordert während der demokratischen Epoche die Heranziehung möglichst vieler Kreise von Wählern, nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Kleinbürgern. Man muß also seine Wahlmusik auf diese Kreise abstimmen und gerät so auf die abschüssige Bahn, die die Sozialdemokratie zu ihrer reformistischen Politik geführt hat. Wird die ILP im gegebenen Augenblick besser wissen als die Sozialdemokraten aller Länder, wo die Grenze gezogen werden muß, wo man es um des Zieles willen aufgeben soll, sein Äußerstes zu tun für die Erringung der Mehrheit?

Hierauf antworten die heutigen Führer der ILP, daß eine sozialistische Partei, die zur Anwendung aller politischen Mittel bereit ist, heute gar keine Gelegenheit mehr hätte, im Reformismus zu versinken, da ihre Aufgabe ja nur noch darin bestünde, dem sterbenden Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen, und damit den „Sozialismus in unserer Zeit“ einzuführen.

Wer erkennt, daß die Versetzung von Todesstößen die erprobte revolutionäre Kampfbereitschaft, Zuverlässigkeit und Zielfestigkeit der Arbeiter und ihrer erprobten Führer voraussetzt, daß die Möglichkeit zu Todesstößen durch Kapitalisten und deren faschistische Mietlinge verhindert werden kann, der wird andere Aufgaben an die erste Stelle setzen im Programm einer sozialistischen Partei, als die Werbung möglichst großer Wählermassen. Hat das englische Proletariat etwa heute die Führer, hat es selber die politische Bildung, um einen Krieg, wenn er heute ausbrechen würde, in einen Bürgerkrieg zu verwandeln? Es ist die Aufgabe einer sozialistischen Partei, Methoden zur Heranbildung solcher Führer zu finden; die treibt man nicht ohne weiteres in der Arena der Demokratie auf. Natürlich ist es auch nötig, daß die Massen für den revolutionären Kampf gewonnen werden. Aber dafür gewinnt man sie nicht, wenn man bemüht ist, sich ihrer Gunst bei Wahlen zu versichern. Dabei erreicht man vielmehr, daß diejenigen, die es mit der sozialistischen Arbeit ernst meinen, sich von der Stimmfängererei angeekelt zurückziehen, während andere sich einflußreiche Stellungen sichern, um ihrer Eitelkeit oder ähnlichen Motiven zu dienen. So sieht der Weg zur Revolution nicht aus. Erst wenn revolutionäre Führer herangebildet worden sind, die gelernt haben, Streiks zu organisieren, unter AusnahmeGesetzen zu arbeiten und all den Drangsalen, die eine politische Polizei ausübt, gewinnt die Parole: „Sozialismus in unserer Zeit“, eine praktische Bedeutung.

Daß revolutionäre Kämpfer einen guten Charakter haben sollen, hat Brockway richtig erkannt. Er erklärt, daß für den Kampf Männer und Frauen herangebildet werden müssen, deren Ehrlichkeit und Hingabe so über jeden Zweifel erhaben sind, daß man Vertrauen zu ihnen hat. „Ich möchte lieber eine ILP haben, die nur zehn solcher Männer und Frauen in jeder Stadt hat, als eine Massenbewegung von Tausenden.“

Hat Brockway eine Garantie dafür geschaffen, daß auch nur die Führer seiner Partei diese Eigenschaften haben, die er bei allen Mitgliedern sehen möchte? Er hat es ebenso wenig getan, wie die SAP in Deutschland. Die Broschüre, in der die eben erwähnten Sätze stehen („The Coming Revolution“) schließt ab mit dem Abdruck eines Formulars, das man nur auszufüllen braucht, um Mitglied der ILP zu werden, und bei allen Abstimmungen über die Wahl von Führern und Programm und Taktik der Partei mitzustimmen. Es ist bei solchem Aufnahmeverfahren also nicht nur möglich, daß jemand Führer wird, der es vorzieht, den revolutionären Geist zurückzustellen um der Erringung der Mehrheit willen,

es ist sogar möglich, daß der Parteitag aus dem einen oder anderen Grunde eines Tages mit Stimmenmehrheit beschließt, der Satz, die ILP sei revolutionär, solle aus dem Programm herausgestrichen werden.

Eine Partei, in der das möglich ist, ist keine revolutionäre Partei. Es ist eine Partei, die sich heute revolutionär nennt, eine Partei, deren Politik heute revolutionären Sozialisten mehr zusagen kann, als die Politik der Labour Party. Ob das morgen noch ebenso sein wird, können wir nicht wissen. Für dieses Heute aber ist die Spaltung der Arbeiterschaft ein zu hoher Preis.

Neurath und Henderson verlassen Genf.

Die Gesellschaft der Oelgötzen.

Am Mittwoch abend haben Neurath und Henderson Genf verlassen: von den Hauptbeteiligten in der Wehrdebatte ist nur noch Herriot dort — die Chance zur direkten Auseinandersetzung, mit der man bei Beginn der Bitrositzung rechnete, ist endgültig verpaßt.

Am Mittwoch vormittag sind Herriot, Henderson und Neurath noch gemeinsam auf der Vollversammlung gewesen. Henderson hat kurz mit Neurath gesprochen, vielleicht war es ein letzter Versuch, weitere Verhandlungen anzubahnen.

Herriot und Neurath gingen kalt aneinander vorbei.

Die Völkerbundsversammlung ist von ihrem Plan, die

Hauptaussprache bis auf bescheidene Reste zusammenzuziehen, wieder abgekommen. Der Anblick der schweigenden Vertreter der europäischen Großmächte hat anscheinend allzu lähmend auf die Versammlung gewirkt. Das Präsidium der Versammlung ist daher an die Vertreter einiger dieser Staaten mit der Bitte herangetreten, doch in die Diskussion einzugreifen. Herriot ist am Donnerstag dieser Einladung als Erster nachgekommen — eine Tatsache, die Neurath fast bewogen hätte, seine Abreise noch um einen Tag hinauszuschieben.

Herriot hat am Donnerstag vormittag in der Völkerbundsversammlung gesprochen. Thema: Frankreichs Treue zum Völkerbund auch jetzt, wo vom Genfer See „ein eisiger Wind“ herüber weht. Die deutsch-französischen Differenzen deutete er nur an,

Englands Gegner in Indien.

M. S. „Der passive Widerstand hat triumphiert, mein Gelübde ist erfüllt“ — in diesen Worten faßt Gandhi den Erfolg seines Fastens zusammen. In diesem Sinn wird der Ausgang seines Hungerstreiks von Millionen von Indern gedeutet werden. Seine beiden Gegner, Dr. Ambedkar, der Führer der Paria-Gruppe, die gegen gemeinsame Wahlen kämpft, und die englische Regierung, die die Sonderwahlen für die Unberührbaren vorgesehen hatte, sind zurückgewichen. Ambedkar hat ein Kompromiß mit Gandhi geschlossen, das den Parias eine erhebliche Anzahl von Sitzen im Parlament sichert, aber die Wahl der Kandidaten gemeinsam vornehmen läßt. Die englische Regierung hat erklären lassen, sie beabsichtige nichts anderes, als den unterdrückten Klassen das Wahlrecht zuteilwerden zu lassen; sie sei daher bereit, den Kompromißentwurf im englischen Parlament einzubringen.

Ein Sieg der Hindubewegung: Die gesonderten Wahlkreise hätten die Verschmelzung der Parias mit den übrigen Hindukasten gehindert. Ambedkars Plan ging dahin, die Paria-Gruppe an die Parteien und Gruppen anzugliedern, die gegen den All-Indischen Kongreß stehen; dazu war es nötig, sie von einer gemeinsamen Wahl mit den Hindus fernzuhalten, in Sonderwahlbezirken die Trennung von den Hindus zum Ausdruck zu bringen. Den Plan der englischen Regierung haben wir in unserem Aufsatz über Gandhi klargestellt; er folgte der Warnung von Churchill, nichts in Indien „zusammenzufügen“, da das die Abdankung Englands in sich schloße.

Aber ein Sieg des passiven Widerstandes? Es könnte so scheinen. Denn Gandhis Drohung, zu sterben, wenn England auf seinem Wahlvorschlag beharren würde, diese

Drohung, an deren Durchführung keiner seiner Gegenspieler gezweifelt hat, hat in sieben Tagen die englische Regierung zum Nachgeben gezwungen.

Aber was Gandhis Gegner zur Umkehr gebracht hat, war nicht die Sorge, seinen Tod zu verantworten. Es war die Sorge vor den Lebenden, die seinen Platz einnehmen würden. MacDonald, Willingdon und Ambedkar wissen, daß diese Nachfolger Gandhis eine andere Politik verfolgen könnten als die des passiven Widerstandes. Gandhis Weg des Opfern hat im vergangenen Jahr einen steilen Anstieg hinter sich: er begann mit der Gefangensetzung der Kongreßmitglieder, als diese die Salzsteuer verweigerten; er fand seine Fortsetzung, als man ihnen beim Pächterstreik ihr Land wegnahm; er hätte seine dritte und voraussichtlich letzte Stufe erklimmen mit Gandhis Opfertod. Aber hinter dieser letzten Stufe stand drohend der Aufruhr,

der aktive Widerstand,

den mehr als ein Drittel der Kongreßmitglieder, darunter die angesehensten Führer, bejahen.

Weil England das wollte, hat es die heutige Niederlage hingenommen. Hätte Gandhis Lebenswerk dahin geführt, daß seine Schüler den Weg beibehalten hätten, den er ging — man wäre in London dem Fasten Gandhis gegenüber ruhiger geblieben als in diesen Tagen, in denen Patel, einer der Vorsitzenden des All-Indischen Kongresses, in den USA in öffentlichen Versammlungen das Wort riskiert: „Wenn Gandhi stirbt, ist das Leben der Engländer in Indien nicht mehr sicher.“

Diese Gefahr hat England noch einmal abgewandt; es hat dafür den Preis gezahlt, daß die politische Loslösung der Parias von den übrigen Hindus nicht erfolgt.

Aber gerade darum bedeutet der Erfolg Gandhis keinen vollen Sieg für die indische Bewegung: Sie kann dadurch auf eine Stufe der Unreife zurückgeworfen werden, die zu überwinden sie im Begriff stand. Das Zurückweichen der Engländer wird den Glauben an Gandhis Lehre in vielen, in denen erschüttert war, von neuem festigen. Die Massen werden dieser Lehre von neuem folgen; sie werden dulden und leiden. Insofern gilt Gandhis Wort: „Der passive Widerstand hat triumphiert.“ Nicht über England hat er gesiegt, aber die Herzen der Inder hat er sich aufs neue gewonnen.

Parias und Hindus werden zusammenstehen; die vergangene Woche hat die Schranken zwischen ihnen bereits weitgehend niedergelegt. Aber sie werden zusammenstehen unter Gandhis Losung, deren Sieg sie feiern, ohne zu erkennen, daß Gandhi schon heute nur gesiegt hat, weil Nehru hinter ihm drohend steht, der über seinen Lehrer hinausgewachsen ist.

Titulescu zurückgetreten.

Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, der auch lange Zeit der Führer der rumänischen Delegation beim Völkerbund war und die Verhandlungen über den russisch-rumänischen Nichtangriffspakt mit Litwinoff geführt hat, ist jetzt von seinem Amte zurückgetreten. Titulescu war dagegen, Rußland in der Besarabien-Frage Zugeständnisse zu machen. Daher wird durch seinen Rücktritt eine russisch-rumänische Verständigung vielleicht erleichtert werden, zumal Frankreich in diesem Sinne einen Druck auf Rumänien ausübt.

Die russische Regierung teilt mit, daß sie Rumänien gegenüber zu keinerlei Zugeständnissen in der Besarabien-Frage bereit sei. Eine Anerkennung Besarabiens als eines Teils des Königreichs Rumänien käme für die russische Regierung nicht in Frage.

„Waffenstillstand“ in Südamerika.

Sowohl die Regierung von Paraguay als auch die bolivianische Regierung sollen die Waffenstillstandsvorschläge des panamerikanischen neutralen Ausschusses für die Einstellung der Feindseligkeiten im Gran Chaco-Gebiet angenommen haben. Zu einer Einstellung der Kämpfe ist es jedoch bei diesem Waffenstillstand vorläufig noch nicht gekommen.

Als Gegenmaßnahme gegen die politischen Attentate in Havanna ist dort das Standrecht verhängt worden.

Der argentinische Senat stimmte mit großer Mehrheit für den Wiedereintritt Argentinens in den Völkerbund.

Regierungsumbau in England.

Regierung wird noch grundsatzloser.

Die seit Bekanntwerden der Ergebnisse der Konferenz von Ottawa erwartete Umbildung des englischen Kabinetts ist am Mittwoch erfolgt. Die liberalen Regierungsglieder, soweit sie der Samuel-Gruppe angehören, sind zurückgetreten. Es handelt sich um den Innenminister, Sir Herbert Samuel, den Staatssekretär für Schottland, Sir Archibald Sinclair, ferner um Lord Snowden, den ehemaligen Finanzminister unter der Labour-Regierung, der jetzt Mitglied der MacDonald-Gruppe ist und in der jetzigen Regierung das Justizministerium innehatte. Außerdem verlassen einige liberale Unterstaatssekretäre die Regierung.

Der Grund für den Rücktritt dieser Minister ist das Abkommen von Ottawa, das am 21. Oktober sämtlichen Parlamenten des britischen Weltreichs zur Ratifizierung vorgelegt werden soll. Dieses Abkommen macht es für England unmöglich, die vor einem Jahr eingeschlagene Schutzollpolitik wieder aufzugeben, wenn es sich von ihrer Nutzlosigkeit überzeugt hat. Die Liberalen der Samuel-Gruppe und Lord Snowden wollen Liberale und damit Anhänger des Freihandels bleiben. Wenn sie bisher in der Regierung geblieben, obwohl diese England zu einem Schutzollland gemacht hat, so taten sie dies, weil sie meinten, die Zölle könnten als vorübergehend, als Krisenzölle betrachtet werden, und weil sie mit den übrigen Regierungsgliedern eine „Übereinkunft, verschiedener Ansicht zu sein“ treffen konnten. Als im Februar die große Zollvorlage der Regierung im Parlament verhandelt wurde, sprachen und stimmten die jetzt zurückgetretenen Minister dagegen. Eingetreten sind sie in die Regierung überhaupt nur, um bei dem großen Volksbetrug der „nationalen Einheitsfront“ nicht zu fehlen. Aber ihre Überzeugung, daß der Freihandel die einzig richtige Handelspolitik ist — und vielleicht auch, daß er bei den nächsten englischen Wahlen wieder Trumpf sein wird —, besteht fort. Darum treten sie heute aus der Regierung aus, während MacDonald und seine Freunde, die doch früher links von den Liberalen standen, ruhig weiter mit den Konservativen zusammenarbeiten; denn MacDonald hat keinerlei Grundsätze, und ihn können daher niemals ähnliche Gründe zum Rücktritt zwingen.

Die zurückgetretenen Minister sind ersetzt worden durch Sir John Gilmour, der bisher Landwirtschaftsminister war und jetzt Innenminister geworden ist; Major

Walter Elliot (der sich in den Jahren 1929—31 durch besonders starke Bekämpfung der MacDonald-Regierung im Parlament ausgezeichnet hat) ist Landwirtschaftsminister geworden und Sir Geoffrey Collins Staatssekretär für Schottland. Collins ist Liberaler der Simon-Gruppe, die anderen Konservative.

Die Regierung ist also in ihrer Zusammensetzung noch eindeutiger konservativ geworden, als sie es bisher war. Die Politik der Regierung war immer so reaktionär, daß eine rein konservative Regierung sie sicher in dieser Hinsicht nicht übertroffen hätte. Sie wird daher auch in ihrer neuen Zusammensetzung nicht viel reaktionärer werden. Als „linker“ Flügel wird jetzt die Simon-Gruppe betrachtet, die zwar nicht, wie Samuel, die Regierung verläßt, aber auch behauptet, noch liberale Prinzipien zu haben.

„Wir erheben jetzt denselben Ruf an die Wähler wie vor zwölf Monaten, nämlich: daß eine Nation eine überparteiliche Regierung braucht, daß reine Parteierwägungen unseren nationalen Einfluß in der Welt schwächen und ein schwerer Schlag für die Schritte sein würden, die jetzt im Interesse der Wiederherholung der Welt getan werden.“

So schreibt MacDonald in einer offiziellen Erklärung, die er im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung abgegeben hat. Man kann ihm in mancher Hinsicht recht geben: es ist für die englische Arbeiterschaft wichtig zu sehen, daß nicht nur eine Partei ihr Feind ist, sondern daß sie gegen alles kämpfen muß, was von Simon über MacDonald zu Baldwin und Chamberlain und all den anderen Größen der Konservativen Partei führt. Daß die Arbeiter dabei die eben zurückgetretenen Minister nicht als Bundesgenossen betrachten können, geht schon aus deren Erklärungen hervor, die sie in der Presse über ihren Austritt gemacht haben. Snowden erwähnt ausdrücklich, daß er aus nationalen Gründen, aus seinem Interesse an der Aufrechterhaltung des britischen Weltreichs heraus, die Regierung verlassen will, und Samuel gibt zu verstehen, daß er keineswegs die Absicht habe, die Regierung jetzt zu bekämpfen,

sondern hofft, daß die Regierung durch seinen und seiner Freunde Austritt nicht gefährdet wird.

Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß diese Regierung nicht nur gefährdet, sondern gestürzt wird, ob mit oder ohne die liberalen Minister.

Wieder Nazi-Terror.

Die Abschreckung, die von der Terror-Notverordnung und den Sondergerichten zunächst auch gegenüber den Nazis ausgegangen ist, hat merklich nachgelassen. Das ist kein Wunder bei der Praxis der Sondergerichte gegenüber den NS. Die Arbeiterschaft muß also für den bevorstehenden Wahlkampf mit erhöhtem nationalsozialistischem Terror rechnen.

In Breslau traf am Dienstag dieser Terror die Partner von Harzburg: nach der Störung einer deutschnationalen Versammlung durch NS fielen auf der Straße Nazis über Stahlhelmer her und schlugen und traten einen blutig. 29 Personen wurden festgenommen.

In Göttingen überfiel ein Nazitrupp am Sonnabend eine Anzahl junger Arbeiter, die mit dem Fahrrad einen Ausflug machen wollte. Die zuletzt Fahrenden wurden von den Rädern gerissen, zu Boden geschlagen und getreten. Die Angreifer und Rädelführer sind berichtigte Nazi-Raufbolde, die wegen ähnlicher Delikte mehrfach angeklagt waren. Die gleiche Truppe überfiel und mißhandelte an demselben Tage noch zwei jüdische Geschäftsleute.

Göttingen ist schon vielfach der Schauplatz schwerer nationalsozialistischer Ueberfälle gewesen. In den meisten Fällen wurden dann allerdings die Ueberfallenen angeklagt, oder in den wenigen Fällen, in denen Nazis auf die Anklagebank kamen, wurden so gelinde Strafen verhängt, daß die Nazis das als Ermunterung zur Fortsetzung ihrer Ueberfälle auffassen müssen.

In Hann.-Münden kam es zu Zusammenstößen zwischen auswärtigen Arbeitern, die am Jugendtreffen der SAJ teilnahmen, und Mündener Nazis. Die Polizei verhaftete bis jetzt 3 Mündener Arbeiter, die bei den Zusammenrottungen gesehen sein sollen. Ein merkwürdiges Licht wird auf die Mündener Polizei dadurch geworfen, daß ein bewaffneter Nazi, der bei dem Aufruf dabei war, bisher nicht festgenommen wurde.

In Magdeburg gab ein Nazi aus einem Kraftwagen fünf bis sechs Schüsse ab. Einer der Schüsse traf einen Einwohner des Stadtteiles Diesdorf. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, soll der Wagen mit harten Gegenständen beworfen worden sein. Die Nazis behaupten, sie seien beschossen worden.

27 Nazi-Ueberfälle auf Arbeiter in 10 Tagen. 32 Arbeiter verletzt.

Nach einer Aufstellung der „Roten Hilfe“ haben in der Zeit vom 10. bis 20. September 27 Ueberfälle von Nazis auf Arbeiter stattgefunden, bei denen 32 Arbeiter verletzt worden sind. Diese Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist ziemlich sicher, daß die Zahl der Terrorakte der Nazis noch weit höher ist.

SA-Tod.

Propagandahetze am Grabe.

„Die Beerdigung des in Stettin von Kommunisten ermordeten Hitlerjungen Horst Range findet heute nachmittag um 4 Uhr 30 auf dem Karlsruher Friedhof statt.“ („Angriff“ vom 26. September.)

Am offenen Grabe erklärte ein Gauführer des Jungsturms, daß „die Nationalsozialisten nicht ruhen und rasten würden, bis der Meuchelmord gesühnt“ sei.

Ueber den Tod Range wird folgendes bekannt: Range war in Stettin Führer der Marineschar der Hitlerjugend. Sein Vorgesetzter, der 21-jährige Führer der Hitlerjugend von Pommern und Mecklenburg, Möller, der über 5000 Mark Schulden verfügte, versuchte, von Range 300 Mark, die

Eigentum der Marineschar waren, zu bekommen. Range verweigerte die Herausgabe und wurde dann von Möller aus der Hitlerjugend ausgeschlossen.

Daraufhin schoß Range sich eine Kugel in den Kopf.

Hitlers Tscheka, die SS, nahm sich des Falles an: eine SS-Wache fuhr von Stettin per Auto nach Finkenwalde, wo Möller sich bei einem ebenfalls in den Fall verwickelten Kumpen aufhielt. Mit Gewalt wurde die Wohnung erbrochen, Möller und sein Kumpen wurden,

mit Schalterriemen gefesselt, nach Stettin abtransportiert und in den Keller eines Nazilokals eingesperrt. Der weitere Verlauf der Sache ist noch nicht bekannt.

Wir bemerken in diesem Zusammenhang, daß auch der in der Röntgenstraße — anscheinend von seinen eigenen Kameraden — erschossene SA-Mann Gatschke, dessentwegen neun Berliner Kommunisten wochenlang vor dem Sondergericht gepeinigt werden, mit großem Pomp zu Grabe getragen worden ist: Hitler selber war da, nicht ohne sich am offenen Grabe photographieren zu lassen.

Nazis schießen, Arbeiter werden verurteilt.

K. G. Am 9. April verteilten SA-Leute in Hannoversch-Münden im Arbeiterviertel Hermannshagen Flugblätter zur Reichspräsidentenwahl. Es entstand ein Aufruf von Schulkindern, und die Nazis wurden ausgelacht und angeschrien. Die Kinder folgten den SA-Leuten auch noch, als sie die Verteilung der Flugblätter einstellten und sich nach der Stadt zurückzogen. Darauf zog ein Nazi, der Student Abt, eine Pistole und gab mehrere Schüsse ab.

Einer der Schüsse traf den Arbeiter H. K.,

der mit seinem Bruder und einem anderen Arbeiter damit beschäftigt war, einen Wagen Holz abzuladen. Der Bruder folgte dem Nazi-Studenten sofort und verprügelte ihn. Auch der Arbeiter K. folgte den Nazis auf dem Fahrrad, um ihre Personalien festzustellen; er kam mit ihnen ins Handgemenge,

weil ihn einer der Nazis mit einer Pistole ins Auge schlug.

Angeklagt wurden nun nicht etwa die SA-Leute, sondern die Arbeiter, die gegen die Schießwütigen vorgegangen waren. Verurteilt wurden drei Angeklagte zu Gefängnisstrafen von zwei, drei und vier Monaten wegen Landfriedensbruchs. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Eine Angeklagte erhielt eine Geldstrafe von 50 Mark wegen Beleidigung. Allen Angeklagten wurde Strafaussetzung mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt.

Der Nazistudent Abt erhielt in einem anderen Verfahren wegen dieses Vorfalles

drei Tage Haft

wegen verbotenen Tragens einer Schußwaffe.

Drei andere Arbeiter, ebenfalls aus Hann.-Münden, wurden wegen Körperverletzung zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Bei einer humoristischen Schneeballschlacht im vergangenen Winter waren einige Nazis vor dem Arbeitsamt getroffen worden. Daraus hatte sich ein Wortwechsel und später eine Keilerei entwickelt. Das genügte, um einen der beteiligten Arbeiter zu 15 Monaten Gefängnis, einen andern zu sechs Monaten und einen dritten zu drei Monaten zu verurteilen, und die Verurteilten sofort abzuführen.

Der erkannte Nazi-Schütze. Aus dem Berliner Kommunisten-Prozeß.

Die weiteren Verhandlungen im Berliner Prozeß gegen neun Kommunisten stehen mehr und mehr im Zeichen der die Nazis stark belastenden Aussagen, sodaß man sich fragt, was eigentlich die kommunistischen Angeklagten dort sollen.

Am Mittwoch vormittag wurde der Nazi Hamm vernommen. Seine Aussagen waren sehr verworren. Er war bereits vorher verdächtigt gewesen, hatte aber auf der Polizei behauptet, ein Alibi für den fraglichen Abend zu haben und dies der Polizei mitgeteilt. Daraufhin war H. von der Polizei wieder freigelassen worden. Die Erklärung des Staatsanwalts, auch Kommunisten seien schon von der Polizei entlassen worden, wenn sie ihr Alibi nachgewiesen hätten, konnte Rechtsanwalt Litten entkräften mit dem Hinweis darauf, daß es sich dabei stets um ein nachgewiesenes, hier aber nur um ein behauptetes Alibi gehandelt hätte. Nach seiner Vernehmung am Mittwoch identifizierte ihn die Zeugin Engelhardt mit aller Bestimmtheit als den von ihr erkannten Schützen.

Merkwürdiger Weise ist derselbe Kriminalkommissar Sattler, der seinerzeit den Zeugen auf der Polizei mit Durchschlagpapier verdeckte Photos vorgelegt hat, inzwischen bei Frau Engelhardt gewesen — angeblich auf Veranlassung des Staatsanwalts —, um sie zu fragen, mit was für Personen sie spreche und verkehre. Sie hat selbstverständlich diese Neugierde nicht befriedigt, sondern gesagt, daß sie als freier Mensch das nicht nötig habe. Darauf habe Sattler gesagt, das Blatt könne sich auch einmal wenden! Einen solchen Einschüchterungsversuch kann man nicht gut anders als versuchte Zeugenbeeinflussung nennen.

Im übrigen hatte sich bereits am Dienstag durch die Aussage des Rektors Köppen eine weitere Belastung der Nazis herausgestellt. K., der gegenüber dem SA-Lokal wohnt, hat gesehen, wie ein Mann im dunklen Anzug auf die Seite, auf der die Kommunisten waren, geschossen hat.

Ein anderer Bewohner der gleichen Straßenseite hat an dem fraglichen Abend gehört, daß plötzlich gerufen wurde: „Polente! Schlüssel her!“ Das lenkt wieder die Aufmerksamkeit auf die angeblich stets verschlossene Hintertür des SA-Lokals, durch die vermutlich ein Ausgang nach hinten zum Röntgenufer führt. Es handelt sich bei diesem Zeugen um einen ganz Unbeteiligten; dem lediglich daran liegt, endlich wieder Ruhe in die Röntgenstraße zu bekommen.

Dem Staatsgerichtshof soll sein Urteil diktiert werden.

Endlich ist der Termin für die Verhandlung im Reich-Preußen-Konflikt vor dem Staatsgerichtshof festgesetzt worden: am 10. Oktober soll die Verhandlung stattfinden.

Diese Terminfestsetzung erfolgt unmittelbar, nachdem Bracht dem Spruch des Staatsgerichtshofs in einem wesentlichen Punkte vorgegriffen hat: er hat am Dienstag neun Vertreter Preußens für den Reichsrat ernannt.

Die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat ist vor dem Staatsgerichtshof besonders umstritten. Die Regierung Papon-Bracht hat bisher immer versichert, sie werde vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs keine endgültigen Maßnahmen treffen. Jetzt geschieht es doch.

Das bedeutet den Versuch, dem Staatsgerichtshof sein Urteil zu diktieren. Der frühere Reichsgerichtspräsident Simons legte in einem ähnlichen Falle unter Protest sein Amt nieder, weil er die Autorität des Staatsgerichtshofs nicht durch einen unerträglichen Schlag gefährden lassen wollte: damals handelte es sich um einen Prozeß zwischen dem Reich und Preußen wegen der Ernennung eines Vertreters für den Verwaltungsrat der Reichsbahn; das Reich hatte Luther ernannt, ohne die Entscheidung im Prozeß abzuwarten.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

94) THEODOR PLIVIER.

Und die Soldaten der Jägerkompanie, die vor einem Tag zur Verstärkung der Polizeimacht im Präsidium untergebracht worden sind, raffen ihre Habseligkeiten zusammen, packen ihre Tornister und rüsten sich, um in ihre Heimat zurückzufahren.

Während die Demonstranten die Waffen an sich nehmen und sich durch das Labyrinth von Gängen und Treppen zu dem Flügel hinsuchen, auf dem die Gefängniszellen liegen, sind im Vorzimmer des Polizeipräsidenten eine Anzahl höherer Polizeioffiziere versammelt und verhandeln mit dem Unabhängigen Eichhorn.

Der Unabhängige verlangt Uebergabe des Polizeipräsidiums mit all seinen Einrichtungen und Fortführung des Betriebes unter einer von revolutionärer Seite eingesetzten Leitung.

Regierungsrat Dr. Abbegg, der für die Polizeioffiziere verhandelt, erklärt: „Vorher ist schon eine rechtssozialistische Deputation im Polizeipräsidium gewesen. Die wollte sich mit der Entwaffnung der Schutzmannschaften begnügen.“

Aber Eichhorn besteht auf seiner Forderung. Nach einer kurzen Aussprache erklärt der Regierungsrat sich mit allen Punkten der Forderung einverstanden und diktiert einem Schreiber den gewünschten Wortlaut in die Maschine. Er geht mit dem Dokument ins Nebenzimmer, um es vom Präsidenten gegenzeichnen zu lassen.

Wenige Minuten später überreicht er Eichhorn das vom Polizeipräsidenten v. Oppen unterfertigte Dokument: „Herr v. Oppen ist völlig zusammengebrochen und bittet, auf eine persönliche Aussprache zu verzichten. Er läßt sagen, daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe und sofort den Dienst verlassen werde.“

Durch Moabit marschiert eine große bewaffnete Truppe — die im Zellengefängnis befreiten Matrosen, Feldgraue, Arbeiter, angeführt von Richard Müller, der bis zum Januarstreik Vorsitzender der Revolutionären Obleute war. Neben ihm geht ein Mann, der ein erschrecktes, mageres Gesicht

hat. Müller hat ihn vor einer Stunde zum erstenmal gesehen, aber gemeinsam haben beide den Zug zusammengestellt und gemeinsam führen sie ihn an.

Der Metallarbeiter Müller ist als Kandidat der USP vor wenigen Tagen von der Front reklamiert worden. Der andere hat bis heute in einem Geschäft für Droschkenuhren Adressen geschrieben. Als Kriegsfreiwilliger war er verwundet zum Offizier befördert worden; später versuchte er, fahnenflüchtig, als „wilder Kämpfer“ nach Frankreich überzulaufen und stellte sich schließlich dem Gericht, um seine Strafe zu erhalten und abzusetzen.

Richard Müller und Heinrich Dorrenbach marschieren mit ihrer zusammengelesenen Truppe der inneren Stadt zu, um den Reichstag zu besetzen. An der Moltkebrücke stoßen sie auf eine vergessene Abteilung Gardeschützen. Die Soldaten denken nicht daran, die Brücke zu verteidigen. Sie werfen ihre Gewehre in die Spree, einige schließen sich der Revolutionstruppe an.

So gelangen sie ungehindert bis zum Reichstag. Unter Hochrufen marschieren sie ein.

In der Wandelhalle macht die Truppe Halt. Müller hält eine kurze Ansprache und erklärt, daß sie auf alle Fälle beisammen bleiben und den Reichstag besetzt halten müssen. Er werde sofort zu den Unabhängigen hinauf gehen und dem Vorstand von der Existenz der Truppe Mitteilung machen. Dorrenbach meint, zuerst müssen wir mal was zu essen besorgen.

Die Soldaten stellen ihre Gewehre zu Pyramiden zusammen und stehen verloren vor dem Marmorstandbild Wilhelms I., einige hocken sich auf den Teppich. Die morgens mit Lastwagen eingetroffenen Matrosen, denen noch die nächtliche Fahrt durch den Nebel in den Knochen steckt, legen sich lang und versuchen zu schlafen.

Dieses plötzliche Feldlager stört niemand. Ein nicht abbreißendes Getriebe jagt vorbei, Parlamentarier, Journalisten, Soldaten, Volk — durch die Wandelhalle, durch das Restaurant, durch den großen Plenarsaal, die Treppen hoch, die Gänge der Obergeschosse entlang, in denen die Fraktionszimmer liegen.

In einem Zimmer bildet sich ein Ernährungsausschuß, in einem anderen ein Wohlfahrtskomitee. Kommissionen tagen, deren Daseinszweck niemand kennt, die sich in kurzem wieder auflösen oder in andere Räume übersiedeln. In Zimmer 18 tagt der Vorstand der Unabhängigen, in Zimmer 15

der Vorstand der Sozialdemokraten, im Nebenraum findet eine Versammlung von Soldatendelegierten statt, die der Abgeordnete Wels, der nach seinem Erfolg bei den Naumburger Jägern von Kaserno zu Kaserno gefahren ist, eilends zusammengerufen hat.

Das Zimmer der Soldatendelegierten ist blau von Tabaksqualm.

Es ist schwer, in diesem Getümmel von Gesichtern und durcheinander schreienden Menschen zu verstehen, um was es hier eigentlich geht. Ein Soldat spricht von glitschigem Brot, ein zweiter von einem Leutnant Schneider, ein dritter von einem betrügerischen Küchenunteroffizier, ein vierter, von der Abschaffung des Grußzwanges, andere wollen wissen, ob die Löhnung weiter ausgezahlt wird, ob die Rationen nicht verdoppelt werden können, ob sie bald nach Hause entlassen werden...

Mitten in dem schreienden Knäuel steht ein Mann, der alles verspricht: Weiterzahlung der Löhnung, besseres Brot, doppelte Rationen Kunsthonig, wöchentlich zweimal Butter und dreimal Wurst, sofortige Entlassung mit gleichzeitiger Ueberweisung von Entlassungsgeldern...

„Der Küchenunteroffizier kriegt die Gelder auch?“ „Nein, der natürlich nicht. Der Fall wird erst geprüft. Jeder, der sich auf Kosten der Mannschaft bereichert hat, wird rücksichtslos bestraft, das ist doch ganz klar. Auch Leutnant Schneider wird zur Rechenschaft gezogen. Die Zeiten, in denen man auf der Mannschaft herumreiten konnte, sind ein für allemal vorbei. Aber die Hauptsache, Kameraden, die Hauptsache ist Einigkeit! Beide sozialistische Parteien müssen zusammen gehen und eine gemeinsame Regierung bilden.“

Parität — da ohne kein Friede!

Parität — da ohne kein Brot!“ Der Abgeordnete im Soldatenrock pakt den Begriff politischer Einigkeit solange in die harten Bauernschädel der Soldaten, bis er ihnen geläufig geworden ist und als die Lösung aller Probleme erscheint.

„Is' doch ganz klar — Parität!“

„Da gib'te doch gar nichts anderes!“

„Sonst haben wir Mord und Totschlag. Beide Parteien müssen jetzt zusammen an die Regierung!“

„Und wenn die Unabhängigen nicht bald machen, dann bringen wir sie in Trab!“

(Fortsetzung folgt.)

Finanzsorgen im „Braunen Haus“ Lieferanten sollen warten, sonst kriegen sie garnichts!

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Schreiben der Reichszeugmeisterei der NSDAP an ihre Lieferanten, dessen Echtheit sehr wahrscheinlich ist, und das wir hier etwas gekürzt in seinen wesentlichen Teilen abdrucken, weil es einen Einblick in die ziemlich verzweifelte Kassenlage der NSDAP gewährt.

„Großdeutsche Handelsgesellschaft m. b. H.

Amtliche Auslieferungsstelle der Reichszeugmeisterei der NSDAP.

Berlin W 62, 22. September 32.
Kleiststraße 43 am Nollendorfplatz.

An unsere Lieferanten.

Nachdem wir mit dem größten Teil unserer Lieferanten seit Jahren in freundschaftlicher Weise zusammengearbeitet haben, dürfen wir wohl für uns in Anspruch nehmen zu behaupten, daß die Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheit stets in der loyalsten Weise vor sich gegangen ist. Diesem Umstand hatten wir es auch zu verdanken, daß Sie uns, als im April dieses Jahres die Auflösung der SA ... verfügt wurde, ... dadurch unterstützt haben, daß Sie sich damals ohne weiteres damit einverstanden erklärten, daß die Zahlung der damals fälligen Rechnungen auf eine günstigere Zeit verschoben wurde. ...

Die Rechnung, die wir uns seinerzeit aufmachten, ... daß bei Wiederaufhebung des SA-Verbots der Ansturm zum Kauf von Ausrüstungen pp. in verdoppeltem Umfange wieder einsetzen würde, hat insofern einen unerwarteten Fehler ergeben, als nämlich

die Zeit des drängenden Ansturms nach Aufhebung der Notverordnung wider Erwarten nicht so lange anhielt, wie allgemein angenommen wurde. ...

Die neuerliche politische Konstellation wird es aller Voraussicht nach mit sich bringen, daß die bei den uns ... schuldenden Parteimitgliedern vorhandenen Barmittel restlos für die bevorstehenden Wahlen verwandt werden.

Darum wird uns wohl oder übel kaum etwas anderes übrig bleiben, als mit diesen Parteigenossen auch weiterhin Rücksicht zu üben. Diese Rücksicht wird uns offen gestanden außerordentlich schwer; jedoch müssen wir ... auch aus Gründen der Förderung der Parteibestrebungen Rücksicht üben, trotzdem wir andererseits das vollste Verständnis dafür haben, daß unsere Lieferanten selbstverständlich mit ihren Außenständen genau so rechnen müssen, wie alle Kaufleute heutzutage. ...

Infolgedessen möchten wir die Bitte an Sie richten, jetzt kurz vor dem allseitig ersehnten politischen Ziel und seinen günstigen Aussichten, noch bis dahin mit uns durchzuhalten

bzw. Rücksicht zu üben, indem Sie uns gestatten, die laufenden Verbindlichkeiten aus der früheren Zeit successive in Raten abzutragen, wie es schon zum Teil geschieht. ...

Es sind keine billigen Worte, wenn wir ehrlich aussprechen, daß wir es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, unsere Lieferanten hundertprozentig, also ohne eine heute leider vielfach übliche geringe Vergleichsquote zu bezahlen! ...

Eine gewaltsame Liquidation oder Zwangsmaßnahmen würden bei der Eigenart unseres Betriebes, die in großem Umfange auf parteiellen Voraussetzungen aufgebaut ist, völligen Verlust bringen.

Unser Ersuchen wird ... diktiert von der Überzeugung, daß wir damit das Interesse unserer Lieferanten am besten wahren und daher mit Ihrem Einverständnis rechnen dürfen.

Mit deutschem Gruß
Großdeutsche Handelsgesellschaft m. b. H.
(Unterschrift unleserlich.)

Die Bitte wird wohl nach der Wahl nicht kleiner, sondern größer sein.

Nationalsozialistischer Blödsinn, genehmigt von der Mehrheit im Hauptausschuß des preußischen Landtages.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat am Mittwoch bewiesen, daß man mit dem preußischen Parlament normaler Weise nichts weiter tun kann, als es nicht mehr zu beachten: Reichsverfassung, Recht, Anständigkeit — das alles sind Angelegenheiten, die die Mehrheit der dort versammelten Knaben offenbar nicht interessieren.

Der Hauptantrag, der uns hier beschäftigen soll (es wurden auch noch Anträge gegen die Juden angenommen), geht darauf aus,

den Deutschen Freidenkerverband zu verbieten.

Antragsteller sind die Nazis; Begründung: Der Deutsche Freidenkerverband sei eine marxistische Klassenkampforganisation und übe einen „zersetzenden antichristlichen, volkszerstörenden Einfluß“ aus.

Warum die antisemitischen Dummköpfe sich gerade für eine Lehre einsetzen, die ein ausgesprochener Jude gegründet hat, das mögen sie selber entscheiden. Darüber hinaus aber müssen wir festhalten, daß durch nichts verboten ist, den christlichen Einfluß innerhalb des Deutschen Reiches zu zersetzen. Auch Freidenker haben ein Recht auf Zusammenschluß und auf den Schutz ihrer Weltanschauung, die der christlichen unserer Meinung nach in allen wesentlichen Teilen vorzuziehen ist. Für unsere Beurteilung des Christentums gilt, was Bebel schon 1874 dem Kaplan Hohoff geantwortet hat:

„Der sogenannte gute Kern im Christentum, den Sie, aber ich nicht darin finden, ist nicht christlich, sondern allgemein menschlich, und was das Christentum eigentlich bildet, der Lehren- und Dogmenkram, ist der Menschheit feindlich.“

Für diese von Bebel und von vielen gebildeten Menschen geteilte Meinung über das Christentum beanspruchen wir den Schutz durch die deutsche Reichsverfassung. Der Vorsitzende des Ausschusses hätte also über diesen Antrag gar nicht abstimmen lassen dürfen.

Für den Antrag der Nazis fand sich eine Mehrheit, da das Zentrum sich der Stimme enthielt und eine Reihe von Kommunisten fehlten.

Von der Streikfront.

In Neumünster erzwangen die Bauhandwerker der städtischen Siedlungsbauten durch Niederlegung der Arbeit die Zurücknahme einer beabsichtigten Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

In Hamburg streiken die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Lehmann & Hildebrandt und Menck & Hambrock.

Die Belegschaft des Kabelwerks Rheinslagen-Wuppertal-Ronsdorf hat durch einen sechstägigen Streik einen Lohnabbau und den Versuch, 50 Arbeiter zu maßregeln, abgewehrt.

Nach dreitägigem Streik nahm die Textilfirma Dierig in Langenbielau (Schlesien) das Lohnabbaudiktat wieder zurück. An dem Kampf waren 150 Arbeiter beteiligt.

In Breslau genügte bei der Bekleidungsfirma Petersdorff ein Streikbeschuß der Belegschaft, um die Firma zur Zurücknahme ihrer Lohnabbauankündigung zu veranlassen.

Auch im Kölner Betrieb der Berlin-Anhalter Maschinen AG nahm die Direktion auf den Streikbeschuß der Belegschaft hin ihre Lohnabbauforderung zurück.

In Gladbach-Rheidit stehen in zwei Werkereien 300 Mann im Streik.

Die Textilarbeiter der Jute-Billstedt streiken gegen einen Lohnabbauversuch.

In Chemnitz streiken 575 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Göritz. Bei der Firma Felix Frank stehen 30 Arbeiterinnen in einem Teilstreik. Bei der Firma Deutsche wurde ein Lohnabbauversuch durch einen eininhalbstündigen Streik abgewehrt.

Bei Scherl in Berlin sind an dem Streik der graphischen Hilfsarbeiter gegenwärtig über 1100 Personen beteiligt.

Wenn Hugenberg von Lohnraub redet! Warum in die Ferne schweifen?

Ist die Telegraphen-Union, mitsamt ihrem Chef Hugenberg, sozialistisch geworden? Und ist die „Germania“ ihr auf diesem Wege gefolgt?

Nachdem in den vergangenen Tagen dreimal Meldungen der Telegraphen-Union eingegangen sind, in deren Überschriften von „Lohnraub“ die Rede war und nachdem die „Germania“ die in den Meldungen geschilderten Ereignisse als „unhaltbare Zustände“ bezeichnete, war ich fast geneigt, anzunehmen, daß ich die politische Richtung dieser Organe bisher falsch eingeschätzt habe.

Welche Begebenheit ist es, die die Telegraphen-Union so zur Entrüstung bringt? Handelt es sich um den Lohnraub, den Papen durch seine Notverordnung legalisierte oder um einen der anderen Raubzüge gegen die Arbeiter, die seit zwei Jahren in Deutschland in so reichem Maße vorgenommen worden sind?

Nein! Es handelt sich darum, daß die französische Grubenverwaltung in den staatlichen Bergwerken des Saar-gebiets die Löhne senken will! 15 Prozent sollen abgebaut werden, ohne daß dabei gleichzeitig für eine Senkung der Lebenshaltungskosten gesorgt würde! Ist das nicht ein schlagender Beweis dafür, daß es der Bevölkerung des Saar-gebiets weit besser gehen würde, wenn sie dem Deutschen Reich angehört?

Ein Versuch, das Tarifrecht zu zerbröckeln.

E. W. Vom 17. September dieses Jahres ab gilt für das Buchdruckerei-Hilfpersonal ein neuer Tarif, der gegenüber dem vorigen eine Lohnsenkung von 10 bis 12 Prozent vorsieht. In diesem Tarif sind zum ersten Mal für verschiedene Gebiete des Reichs verschiedene hohe Löhne festgesetzt worden. Ein über 21 Jahre alter Hilfsarbeiter soll z. B. in Hessen-

Nassau in einem Ort ohne Ortszuschlag 28,97 Mark in der Woche erhalten, in der Provinz Brandenburg in einem Ort ohne Ortszuschlag nur 28 Mark.

Außerdem schließt der neue Tarif Arbeiter in Orten mit weniger als fünf beschäftigten Hilfsarbeitern von der tariflichen Regelung aus. In diesen Orten bleibt der Lohn der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Wie hoch, besser: wie niedrig der Lohn der Hilfsarbeiter in diesen Orten sein wird, kann sich beim heutigen Arbeitslosenheer jeder vorstellen. Werden die Löhne aber in diesen Orten erst gedrückt, dann werden auch die Buchdruckereibesitzer in den Orten mit weniger als zehn beschäftigten Hilfsarbeitern das gleiche Recht verlangen; die Buchdruckereibesitzer in den Orten mit weniger als 20 beschäftigten Hilfsarbeitern werden folgen u. s. w., bis der Tarif für Hilfsarbeiter überall abgeschafft ist. Wenn sich diese Methode bei den Hilfsarbeitern bewähren sollte, wird man sie bei den gelernten Buchdruckern einzuführen versuchen, bei den Buchbindern u. s. w.

Glücklicherweise haben die Kollegen bereits in vielen Betrieben den Weg beschritten, der dieser schiefen Bahn einen Riegel vorschiebt.

Deutschnationale Wahlversammlung verboten.

Eine unglaubliche Begründung.

Am Dienstag abend sollte eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei stattfinden. Die Versammlung wurde auf Anordnung der Ortspolizeibehörde verboten, weil

„nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Die Gefahr ist deshalb unmittelbar, weil ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden ist, daß die geplante Versammlung durch Angehörige der NSDAP gestört oder gesprengt werden wird“.

Die nationalsozialistische Ortsgruppe bestreitet, daß die Absicht bestanden habe, die Versammlung zu sprengen. Ihre Mitglieder hätten sich lediglich ein sachliches Urteil über den Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und der Deutschnationalen Volkspartei bilden wollen.

Pflicht der Ortspolizeibehörde wäre es in diesem Falle gewesen, die deutschnationale Versammlung vor Störungen durch die Nationalsozialisten zu schützen. Wozu haben wir Terrornotverordnung und Sondergerichte?

Das kann ein schöner Wahlkampf werden, wenn die Methode der Ortspolizeibehörde in Frankfurt a. d. Oder auch in anderen Orten angewandt werden sollte.

Die von dem kommunistischen Einheitsverband der Arbeiter und Seelente für Donnerstag abend einberufene öffentliche Seelenteversammlung, die zu den Forderungen der Reeder Stellung nehmen sollte, ist von der Polizei verboten worden, da in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Spannungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erwartet werde.

Für und wider die Arbeitsdienstpflicht.

Die Jugendliga für Menschenrechte veranstaltet am Freitag, dem 30. September, 20 Uhr, in den Räumen der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III, über obiges Thema einen Diskussionsabend. Ein Vertreter des „Stahlhelms“ wird für die Arbeitsdienstpflicht sprechen. Ein Vertreter der Jugendliga für Menschenrechte wird einen gegenteiligen Standpunkt einnehmen. Jugendliche Gäste sind willkommen.

Verantwortl. Schriftf. W. Eicher Berlin Anzeigen: R. Lipmann, Berlin Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14 Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Pilsenerstr. 28/29

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 8 Pfd netto nur 2,20 RM
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.
Friskost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Macrotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16 / 17

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GÜTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

Ab 27. Sept.: Deschamps:
Der Tugendkönig

Chaplins Traum
Micky Maus: Der kleine Faun
Lupino Lane - Groteske
Paris (Uraufführung)
Anfangszeit: 17. 18.30 u. 20.45 Uhr

Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer FI Moritzplatz 5471



Freunde
und Leser des
„Funke“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Vorzug bei Einkäufen
insere Inserenten

Die Regierung Schleicher-Papen

stützt sich nicht nur auf
ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

Oeffentliches Leben.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten. / 0,60 M.

Aus dem Inhalt:

„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer stehen können: Zu diesem Kampf ist zunächst herufen, wer selber ein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmälert wird ... sodann aber, wer am meisten zu ornern willens ist — die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen nach einem Wort von Karl Marx, um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats!“

Verlag „Oeffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a.
Postscheckkonto: Berlin 31342.

Der mißglückte „Sprengstoff-Anschlag“ auf die kommunistische Reichstagsfraktion.

Der Polizeiuntersuchungsausschuß des preußischen Landtags versuchte am Mittwoch, in den dunklen Polizeiüberfall auf das Reichstagsgebäude (in der Nacht nach der Reichstagsauflösung) einiges Licht zu bringen.

Von vornherein wurden diese Bemühungen durch Herrn Bracht erschwert: er ließ zu Beginn eine Erklärung abgeben, nach der er den Beamten des Polizeipräsidiums die Genehmigung zur Aussage nicht erteilen will. Insbesondere wird der Regierungsrat von Werder, der die Polizeirazzia anführte und der also längst aus seinem Amte hätte entfernt werden müssen, nicht aussagen. (Auch Herr Melcher nicht!) Ministerialdirektor Schütze, der im Auftrag Brachts die Erklärung abgab, hat auch der Presse eine Mitteilung zugehen lassen, wonach

Beamten der politischen Polizei grundsätzlich keine Aussagegenehmigung erteilt werden wird.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Möller (SPD), sprach die Vermutung aus, daß das Vorgehen des Regierungsrats von Werder vorbereitet gewesen sei und wies darauf hin, daß am Nachmittag des 12. September eine Besprechung des Polizeipräsidenten und des Regierungsrats von Werder mit Dr. Bracht stattgefunden habe und bald darauf die Kriminalpolizei in Alarmzustand versetzt worden sei. In den Akten sei auch kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, von wem die fernmündliche Mitteilung an Regierungsrat von Werder stamme, daß ein Sprengstoffanschlag im Reichstagsgebäude geplant sei. Wie in vielen Prozessen, so spiele also auch hier

der „große Unbekannte“

eine Rolle, der bei den Richtern nur ein mildes, verständnisvolles Lächeln auslöse. Er, der Berichterstatter, habe unter diesen Umständen volles Verständnis dafür, daß den Polizeibeamten die Aussagegenehmigung nicht erteilt worden sei.

Man wolle offenbar verhindern, daß in die Methoden hineingeleuchtet werde, die zu der Polizeiaktion im Reichstag geführt hätten.

Damit hat der Berichterstatter sicher den Nagel auf den Kopf getroffen.

Zur Frage des „großen Unbekannten“ las der Ausschussvorsitzende Schwenk (KPD) ein Schreiben Brachts an den Reichstagspräsidenten Göring vor: Bracht erklärt darin, Angaben über die Herkunft der Nachricht von dem „beabsichtigten Sprengstoffanschlag“ nicht machen zu können, „da sie die polizeilichen Maßnahmen (welche? Red.) unter Umständen gefährden würden“.

Ueber die Rolle Melchers

bei der Aktion sagte Geheimrat Galle, der Direktor beim Reichstag: Regierungsrat von Werder hätte ihm (Galle) ausdrücklich mitgeteilt, daß der Polizeipräsident den Auftrag zur Durchsuchung gegeben habe. Göring gegenüber hat jedoch der Polizeipräsident erklärt, er habe keinen derartigen Auftrag erteilt. Was hat also Melcher getan?

Göring sagte weiter aus: Inoffiziell habe er erfahren, daß Herr von Werder, den man jetzt als Karnickel herausstelle, den Auftrag zur Durchsuchung von höherer Stelle erhalten hätte.

Er, Göring, habe den Eindruck, daß der Auftraggeber Dr. Bracht selber gewesen sei.

Auf einen Beschwerdebrief vom 15. September an das preußische Innenministerium habe er bis heute noch keine Nachricht erhalten.

Er (Göring) sei über die Vorgänge im Reichstag erst am nächsten Vormittag unterrichtet worden. In seinem Sekretariat sei das Telefon Tag und Nacht besetzt, so daß

stets die Möglichkeit bestehe, ihn zu erreichen. Er zweifle, daß überhaupt angerufen worden sei.

Torgler erklärte, daß

man in den Fraktionsräumen der Kommunisten verschürte Pakete, deren Oeffnung bei einer Suche nach Sprengstoff nahegelegen hätte, unbehelligt gelassen, hingegen Papiere und Schriftstücke durchwühlt hätte.

Auch der Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion, Kühne, hatte den Eindruck, daß man nicht nach Sprengstoff, sondern nach Akten gesucht habe.

Der Ausschuß nahm gegen die Deutschnationalen, also die „Interessierten“, mit allen übrigen Stimmen eine Entschließung an. Darin heißt es u. a. daß

der Reichskommissar die volle Aufklärung der Vorgänge durch den Polizeiuntersuchungsausschuß zu behindern versucht

habe. Der Reichskommissar habe das in einem Falle getan, dessen restlose Aufklärung um so dringlicher erscheinen müsse, als der Vorwurf eines schweren Verstoßes gegen Bestimmungen der Verfassung in diesem Zusammenhang

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung und die Arbeiterschaft.

C. B. Hellmut Rauschenplat sprach über dieses Thema am Dienstag in Hamburg in einer vom ISK veranstalteten sehr gut besuchten Versammlung. Der Redner erörterte die ökonomischen Aussichten des Papen-Programms mit dem Ergebnis: Papens Plan zur Belebung der Wirtschaft könne nur dann einen mehr als vorübergehenden Erfolg haben, wenn sich die Weltkonjunktur belebe. Auf diese ungewisse Zukunftshoffnung hin würden der Arbeiterschaft schwerste Opfer auferlegt, um eine Reihe von kapitalistischen Bankrottneuren vor dem offenen Bankrott zu bewahren! Was aber, wenn Papens Plan mißlingt? Muß dann Papen an Wels oder Thälmann eine Postkarte schreiben: „Bitte führen Sie nun Ihr Programm durch, ich trete die Macht an Sie ab!“ Keineswegs! Denn es gibt noch genügend Wege, auf denen das kapitalistische System sich weiterschleppen kann durch die Krise: Inflation, Arbeitsdienst, Krieg, kapitalistische Planwirtschaft.

Was sagen wir vom ISK zu dieser Lage?

Wir haben immer wieder durchführbare Vorschläge gemacht, um der Krisenbekämpfung zu Lasten der Arbeiterschaft ein Ende zu machen: Anlässlich des Oeynhausener Schiedsspruchs entwickelten wir den Plan der tarifvertraglichen Verkopplung von Lohnsenkungen an vorangegangene Senkungen des Lebenshaltungsindex. Wir haben anlässlich des Aufgebens der englischen Goldwährung die Gewerkschaften wieder auf diesen Plan hingewiesen; dann hat wenige Monate darauf Brüning verkoppelte Lohn- und Preissenkungen angekündigt und — wie zu erwarten — nur die Lohnsenkungen in vollem Umfang durchgeführt. Wenn damals die Gewerkschaften alle Kraft für die tarifvertragliche Verkopplung von Löhnen und Preisen für Arbeiterbedarf eingesetzt hätten, dann hätte sie sich erreichen lassen.

Die Krisenbroschüre des ISK anlässlich des Krisenkongresses des ADGB trug dem Verfasser nichts weiter ein als einen Brief des ADGB mit dem Dank für die „wertvollen Anregungen zum Kongreß“. Der Kongreß forderte nur öffentliche Arbeitsbeschaffung und hatte keine Wirkung. Welche politischen Aussichten für die Durchführung von Maßnahmen gegen den Großgrundbesitz damals bestanden, zeigen die Vorgänge beim Übergang von der Regierung Brüning zur Regierung Papen. Brüning wurde von den Baronen gestürzt in dem Augenblick, als sogar er Siedlung auf Kosten der ostelbischen Junker durchführen wollte. Wäre er auch gestürzt worden, wenn die Arbeiterschaft ihn mit Macht in diese Richtung gedrückt hätte?

erhoben und begründet worden sei. Der Ausschuß erhebe gegen dieses Verhalten des Reichskommissars auf das Entschiedenste Einspruch und weise die der Presse für die Verweigerung der Aussagegenehmigung heute gegebene Erklärung als unzutreffend zurück.

Nimmt man alle von dem Ausschuß festgestellten Umstände zusammen — einschließlich Brachts Weigerung, Licht in die Sache zu bringen —, so gewinnt man den Eindruck, daß es sich um einen Anschlag auf die kommunistischen Reichstagsabgeordneten handelte:

unmittelbar nach Aufhebung der Immunität (infolge der Reichstagsauflösung hätte eine Belastung von Abgeordneten durch „hochverräterisches Material“ die Möglichkeit geboten, sie auf absehbare Zeit unschädlich zu machen

und so die KPD ihrer führenden Funktionäre zu berauben. Glücklicherweise gelang die Belastung nicht: man fand nur ein Buch eines Verwaltungsbeamten, über Gleiskrümmungen. Weshalb man das übrigens ins Polizeipräsidium antransportiert hat, wenn es sich um die Verhinderung eines Sprengstoffanschlags gehandelt haben sollte, ist nicht leicht verständlich!

Die obersten Polizeibeamten Preußens: Bracht und Melcher tragen also den Vorwurf der Verfassungsverletzung, ohne die ihnen mögliche Aufklärung zu geben. Oder fürchten sie diese? Wir glauben das!

Der Streikwille in der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften ist heute gewachsen. An vielen Orten kämpfen die Arbeiter gegen die Durchführung der Lohnbestimmungen in Papens Wirtschaftsplan. Aber es genügt nicht, diesen Plan so zu bekämpfen; denn dann wird Papen die Schuld an der zu erwartenden weiteren Verschärfung der Krise der kämpfenden Arbeiterschaft zuschieben, die seinen „rettenden“ Plan sabotiert habe. Es ist notwendig, einen anderen Plan an die Stelle des Papen-Plans zu setzen. Dazu ist es aber notwendig, die Papen-Regierung hinwegzufegen. Das einzige, was die Papen-Regierung zu fürchten hat, ist die Einheitsfront der Arbeiterklasse, und deshalb müssen wir die Führer der Arbeiterorganisationen treten und stoßen, damit sie endlich diese Einheitsfront schließen.

An der Aussprache beteiligten sich in lebhaftem Wechselgespräch etwa 20 Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen (ISK, KPD, SPD, Staatspartei). Die Aussprache war beherrscht von dem Gedanken: Unser Abwehrkampf gegen die brutalen Maßnahmen der herrschenden Klasse ist nutzlos, wenn er nicht von der geeinten Arbeiterklasse geführt wird. Ein kommunistischer Intellektueller, der die sachliche Arbeit des ISK für kluge Wirtschaftspolitik und ehrliche Einheitsfrontpolitik der Arbeiterschaft mit anmaßenden Worten madig machen wollte, hatte schnell ausgespielt: er verließ gekränkt den Saal; seine Parteigenossen zeigten durch ihre weitere Mitarbeit an der Aussprache, daß sie die Arbeit des ISK ernster nahmen.

Zwei Bedenken wurden gegen das wirtschaftspolitische Programm des ISK vorgebracht: Wird die Arbeiterschaft denn so etwas durchdrücken können?

Ist das Programm nicht reformistisch, geradezu bürgerlich?

Zur Beantwortung des ersten Bedenkens ergab sich in der Aussprache folgendes: Große Gruppen außerhalb der Arbeiterschaft haben Vorteile von krisenmildernden Maßnahmen gegen Schwerindustrie und Großgrundbesitz: die Bauern, der Handel, die eisenverarbeitende Industrie, die Lebensmittelindustrie u. s. w. Die Bauern gehören ihren Klasseninteressen nach an die Seite der Arbeiter. Nur die Angst vor den Wirtschaftsplänen der sozialistischen Planwirtschaft hat die Bauern in die Front der Feudalherren und Nazis gedrängt. Die Kapitalisten des Handels und der verarbeitenden Industrie widerstreben seit langem den „Erfolgslosenbeihilfen“ für Schwerindustrielle und Großagrarien.

Beweist das aber nicht gerade den reformistischen Charakter der Wirtschaftsforderungen des ISK, wenn sogar manche Kapitalisten diesen Forderungen zustimmen können? Die Aussprache über diese für eine revolutionäre Partei besonders wichtige Frage lehrte, daß die Arbeiterklasse im Augenblick nicht im stande ist, dem ganzen Kapitalismus den Garaus zu machen, und daß nach Überwindung der Krise dem dann freilich teilweise wieder erstarkten Unternehmertum auch eine erstarkte Arbeiterschaft gegenübersteht. Als Politiker — auch als revolutionärer Politiker — muß man die Frage stellen: Wofür reichen die Kräfte aus? Und es ist schon ein Erfolg, wenn die Krise nicht nur auf Kosten der Arbeiterschaft überwunden wird. Wenn wir das erzwingen, dann haben die, die heute verzweifeln, aus dem Kampferfolg wieder Kraft geschöpft. Ferner: Die Bauern haben dann gesehen, daß Arbeiterpolitik Bauernpolitik ist. Dann kann die Arbeiterklasse an die Endaufgabe des Klassenkampfes herangehen: allen Unternehmern die Möglichkeit zur Ausbeutung zu entziehen, also den Kapitalismus zu beseitigen.

Städte Frankfurt a. M. und Köln zahlungsunfähig.

Das Reich hilft mit Gesetz von 1899.

Die Städte Frankfurt am Main und Köln können kurzfristige Schuldverschreibungen am 1. Oktober nicht einlösen. Die Preußische Regierung erklärt durch Verordnung das Gesetz über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 für anwendbar auf Schuldverschreibungen von Gemeinden. Die genannten Städte erhalten damit die Möglichkeit, mit den Besitzern der fälligen Schuldverschreibungen wegen Stundung in Verhandlung zu treten.

Um für die Verhandlungen Zeit zu gewinnen, sind die zuständigen Regierungspräsidenten ermächtigt worden, anzuordnen, daß die Verpflichtungen zur Einlösung der am 1. Oktober 1932 fällig werden Schatzanweisungen der Städte Frankfurt am Main und Köln bis zum 31. Dezember 1932 gestundet werden.

Also ein Sondermoratorium für zwei Großstädte! Es beleuchtet deutlich die Notlage der Gemeinden, die wir seit langem als das „schwächste Glied in der Kette“ bezeichnet haben. Was wird nun endlich geschehen, damit die Kette nicht reißt?

Der Wunschzettel der Preußenregierung an den Staatsgerichtshof.

Für die Anfang Oktober stattfindende Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof lauten die Anträge Preußens:

„Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit Befugnissen a) wie sie die Verordnung, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932 (RGBl. I, S. 377) dem Reichskanzler übertragen hat, b) wie sie der Reichskanzler und die eingesetzten Kommissare auf Grund dieser Verordnung in Anspruch genommen haben, stand und steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang. Die genannte Verordnung vom 20. Juli 1932 steht infolgedessen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang.“

Von den vom Reichskanzler und den übrigen Kommissaren vorgenommenen Handlungen standen insbesondere mit der Reichsverfassung nicht in Einklang:

a) die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Minister Severing von ihren Aemtern (Schreiben des Reichskanzlers vom 20. Juli);

b) die Enthebung der Minister Hirtsiefer, Schreiber, Steiger, Schmidt, Grimme und Klepper von den laufenden Geschäften (Schreiben des Reichskanzlers vom 20. Juli);

c) die Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand auf Grund des § 3 der Preußischen Verordnung vom 26. Februar 1919 (Preuß. Gesetzessammlung, S. 33);

d) die Entsendung eigener Bevollmächtigter in den Reichsrat als Vertreter des Landes Preußen und das Bestreiten des Rechtes der Staatsminister und ihrer Bevollmächtigten, im Reichsrat das Land Preußen zu vertreten.“

„Der Staatsgerichtshof möge ferner erkennen: Das Reich darf sowohl im Wege der Reichsexekution nach Art. 48, Abs. 1 RVerf., wie im Wege von Maßnahmen nach Art. 48, Abs. 2 RVerf. die den Ländern nach der Reichsverfassung und nach den Landesverfassungen zustehende Funktion der Staatsgewalt nur insoweit an sich ziehen, als dies mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches vereinbar und zur Erfüllung der angeblich verletzten Pflichten des Landes oder zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist. Insbesondere ist es mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, wenn auf Grund des Art. 48, Abs. 1 oder Abs. 2:

a) Mitglieder von Landesregierungen dauernd oder vorübergehend ihres Amtes für verlustig erklärt oder neue Mitglieder von Landesregierungen ernannt werden;

b) die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich, namentlich das Recht der Landesregierung zur Ernennung und Instruierung der Reichsratsbevollmächtigten (Art. 63 RVerf.) aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt wird;

c) Landesbeamte ernannt, befördert, in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden;

d) Anleihen für Rechnung von Ländern aufgenommen werden.“

Der dritte Antrag lautet schließlich: „Die in der Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 20. Juli 1932 zur Rechtfertigung der Verordnung vom gleichen Tage aufgestellte Behauptung der Reichsregierung, das Land Preußen habe die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten im Sinne des Art. 48, Abs. 1 der Reichsverfassung deshalb nicht erfüllt:

1. weil die parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts entscheidend von der taktischen Haltung der Kommunistischen Partei abhängig sei;

2. weil eine Reihe von maßgeblichen Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit verloren habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD zu treffen;

3. weil insbesondere hohe Funktionäre des Staates ihre Hand dazu geboten hätten, Führern der Kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen;

4. weil offen ein preußischer Polizeipräsident seine Parteigenossen aufgefordert habe, man möge die Krise der Kommunisten nicht stören, ist nicht begründet und nicht erwiesen.“

Nachdem Herr Bumke die Konsolidierung der „Aktion“ Papens vom 20. Juli hat geschehen lassen, fällt es schwer, zu glauben, er werde das alles jetzt als „verfassungswidrig“ bezeichnen.

Wir haben oft betont, daß Preußen (also die weggejagten Minister) an die Arbeiterschaft hätte appellieren sollen. Das wäre schneller gegangen (weil keine Beweisaufnahme nötig war) und auch nachdrücklicher.

Ein Blick in Vergangenheit — und Zukunft?

Landarbeiteraufstand in England vor 100 Jahren.

Dies war die Lage der Landarbeiter in den südlichen und mittleren Grafschaften Englands, die sich an dem Aufstand des Jahres 1830 beteiligten: Sie hatten ihre Rechte auf Gemeinland und damit die Möglichkeit, eine Kuh zu halten, verloren. Wenn sie nicht arbeitslos waren, erhielten sie doch einen Teil ihres Einkommens aus der Armenkasse. Ihre Kinder hatten sie vielleicht in die Industriestädte schicken müssen. Freunde und Verwandte saßen im Gefängnis oder waren deportiert worden. (Ausführliche Darstellung in Nr. 229.)

Die Bauern geben nach.

Unterstützung fanden die Landarbeiter in vielen Fällen von Seiten der kleinen Händler und Handwerker in den Dörfern, denen es ebenfalls schlecht ging, gelegentlich auch von Kleinbauern und Schullehrern, die die Not der Landarbeiter täglich miterlebten. Die Aufstände begannen damit, daß zunächst in Kent, Hampshire und Sussex, dann auch in Wiltshire und anderen mittleren Grafschaften Heuschaber niedergebrannt und Dreschmaschinen zerstört wurden. Dann kamen auch Zusammenrottungen vor: die Landarmen zogen von Haus zu Haus, zerstörten die Dreschmaschinen der Großbauern, verlangten Bier und Geld, forderten vor allen Dingen aber höhere Löhne: gewöhnlich 2,50 Mark statt 2,— Mark pro Tag (bei Lebenshaltungskosten, die weit höher waren als die des 20. Jahrhunderts).

Die Bauern setzten den Forderungen der Aufständischen im allgemeinen keinen Widerstand entgegen: sie erkannten die Lohnforderungen als berechtigt an, an manchen Stellen forderten sie die Landarbeiter geradezu auf, auch ihre Dreschmaschinen zu zerstören. Um dies zu verstehen, muß man bedenken, daß die meisten dieser Bauern Pächter waren, die hofften, Erleichterungen in der Pachtzahlung und in den Kirchenabgaben zu erhalten, wenn sie beweisen konnten, daß sie sich in einer Notlage befanden.

In einigen Dörfern erklärten sich die Bauern mit Lohn-erhöhungen einverstanden unter der Bedingung, daß die Aufständischen auch gleich von den Pfarrern eine Ermäßigung der Kirchenabgaben und von den Grundherren eine Herabsetzung der Pachten erzwangen. Das geschah denn auch.

Aufstand fast ohne Gewaltanwendung.

Waffen besaßen die Aufständischen außer Knütteln, Eisenstangen und Sensen nur einige Jagdgewehre. Fast nirgends in diesem Aufstand kam es daher zu Blutvergießen: In den Gerichtsverhandlungen wurde später festgestellt, daß die Aufständischen keinem Menschen eine Verwundung zugefügt hatten und niemand getötet hatten.

Die folgende Szene etwa ist typisch dafür, wie sich der Aufstand abspielte: Eine Menge aus Arbeitern, Handwerkern, Frauen und Kindern bestehend, erscheint vor den Häusern der Bauern, sie verlangt die Herausgabe der Dreschmaschine, die Zahlung von 1 oder 2 Mark und den Ausschank von Freibier. Im allgemeinen wird ihnen alles freundlichst bewilligt. Sie fordern dann die Bauern auf, zu einer Zusammenkunft zu kommen, um über Lohn-erhöhungen zu beraten. Diese endet fast immer mit der Annahme der Erhöhungen. Mit einem Hoch auf die Bauern und die Gemeindevertretung zerstreut sich die Menge und alle kehren voller Freude nach Hause zurück.

Nur in wenigen Fällen kam es zu Gewalttätigkeiten. Einem Großgrundbesitzer (einem Parlamentsabgeordneten) wurde mit der Zerstörung seines Hauses gedroht, weil er die Polizei auf die Menge feuern ließ und dadurch ein großes Blutbad anrichtete. In Selbourne und Headley in der Grafschaft Hampshire wurden die Armenhäuser zerstört, nur die Abteilungen für die Kranken und Armen ließ man verschont. Die Wut der Menge richtete sich in vielen Fällen gegen die Armenverweser und Vorsteher der Armenhäuser, die sich durch ihre Rücksichtslosigkeit besonders verhaßt gemacht hatten. In vielen Fällen hatten die Armenverweser nach 1800 sogenannte

Armenkarren eingeführt, vor die Frauen und Kinder gespannt wurden.

Jetzt, als die Armen für einen Augenblick die Macht im Dorfe hatten,

lud man die unliebsamen Armenpfleger auf diese Karren und schaffte sie zum Dorfe hinaus.

Gerade dieses vor die Karren Einspannen wurde von den Armen mit Recht als eine besondere Demütigung empfunden.

Offenbar achteten die Führer auf strenge Disziplin. Wo die Truppe eine Frau allein im Hause antrafen, gingen sie wieder fort, ohne etwas zu nehmen. In einem Falle zogen sie sich leise zurück, als sie hörten, daß im Hause ein Schwerkranker läge. In einem anderen Falle brachten sie von zwei Schilling einen wieder zurück, weil sie meinten, sie hätten wohl zu viel verlangt. Ein Trupp begegnete auf der Straße einer armen Frau, die Kaninchen verkaufte. Jemand aus der Menge nahm ihr die Kaninchen fort; der Führer befahl, daß sie zurückgegeben werden sollten. Jemand stahl in einem Hause einen Regenschirm; als der Führer davon hörte, stieß er den Schuldigen in einen Fluß und tauchte ihn ein paar Mal gehörig unter. All dies sind Dinge, die auf Grund der Polizeiberichte bekannt geworden sind.

Großgrundbesitzer verteidigen sich mit Gewalt.

Einige Wochen hindurch waren die Aufständischen Herren in einer Reihe von Grafschaften, die hauptsächlich landwirtschaftlichen Charakter haben. Sehr viele Menschen sympathisierten mit den Forderungen der Landarbeiter. Die örtlichen Behörden hielten es oft für besser, nicht einzugreifen, da nach ihrer Überzeugung mit der Bewilligung der Forderungen auf Lohn-erhöhung, Verringerung der Pachten und der Kirchenabgaben der Aufstand ein rasches Ende gefunden hätte.

Das Parlament wollte es anders. Es verlangte den Einsatz von Militär

und die strengste Bestrafung der Aufständischen. Das Parlament fürchtete eben, daß dieser anscheinend so geringfügige Aufstand sich letzten Endes gegen die Staatsgewalt, und das hieß in erster Linie, gegen die Vorrechte der Großgrundbesitzer richtete. Darin hatte es vielleicht nicht so ganz Unrecht. So ist zum Beispiel der Ausspruch eines der Führer der Aufständischen bekannt geworden, der gesagt haben soll: „Dieses Jahr brennen wir die Heuschaber nieder und zer-

stören die Dreschmaschinen, nächstes Jahr werden wir mit den Pfaffen abrechnen und das Jahr darauf werden wir den politischen Mächten den Kampf ansagen.“

So wurden also alle in England verfügbaren Truppen in die aufständischen Gebiete gezogen, alle Verdächtigen wurden gefangen gesetzt und vor Gerichten abgeurteilt, die die eingangs erwähnten harten Urteile fällten. Außer den Deportationen und Hinrichtungen wurden noch über 400 Gefängnisstrafen erteilt, sodaß nahezu 1000 Personen von den Richtsprüchen getroffen wurden.

Die Klassenjustiz wütet.

Die Regierung hatte den Richtern, die für die Verfahren gegen die Aufständischen besonders bestimmt wurden, genaue Anweisungen darüber zugehen lassen, daß sie eine strenge Bestrafung der Schuldigen erwarte. So wurden denn die meisten Angeklagten auf den leichtesten Schein eines Verdachtes verurteilt. Aussagen über die Beweggründe der Aufständischen wurden überhaupt nicht zugelassen.

Wer nachweislich zu einem Trupp gehört hatte, der von den Bauern Geld (jene ein bis zwei Schilling) verlangt hatte, wurde zu Deportation verurteilt, weil er durch Drohungen Geld zu erlangen versucht hatte. Wer in einem Haufen gesehen worden war, der eine Dreschmaschine zerschlagen hatte, konnte einer großen Gefängnisstrafe sicher sein. Konnte man gegen Angeklagte, die als Feinde der Großgrundbesitzer bekannt waren, nichts Nachweisliches finden, so versuchte man, andere Angeklagte zu ungünstigen Aussagen über die fraglichen Personen zu bewegen, indem man ihnen die Freiheit oder hohe Belohnungen versprach, falls sie solche Aussagen machten.

Unter den Deportierten befanden sich eine Reihe von Personen, die zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden waren.

Von den Hingerichteten waren fünf unter 20 Jahre alt. Ihr Vergehen bestand wie das vieler anderer darin, daß sie sich als Anführer bei der Zerstörung von Maschinen, der Erpressung von Geld oder der Zerstörung der Armenhäuser hervorgetan hatten. Aber sie wurden anders behandelt als die übrigen Gefangenen, weil die Gerichte abschreckende Beispiele schaffen wollten. — Ein Junge von 19 Jahren, der mit Kuhlütten beschäftigt gewesen war und jetzt zu dem zum Tode

Verurteilten gehörte, konnte weder lesen noch schreiben. Es ist niemals klar erwiesen worden, daß er sich an den Aufständen überhaupt beteiligt hat.

Viele der zur Deportation Verurteilten waren Familienväter, die auf diese Weise Zeit ihres Lebens von ihren Angehörigen getrennt wurden, die sie in Kummer und Not zurücklassen mußten. Fast in jedem Dorfe der betroffenen Grafschaften gab es Familien, die durch diese Urteilsprüche auseinandergerissen wurden.

Die zur Deportation Verurteilten wurden bald nach New South Wales und Van Diemens Land in Australien gebracht. Das Letzte, was wir von ihnen hören, ist ein Bericht des Gouverneurs von Van Diemens Land, der sich wie folgt über die Gefangenen aus jenen Aufständen (die auf dem Schiff „Eliza“ hinübergebracht worden waren) äußerte: „Wenn man über die Wirksamkeit der Verbannungen auf Grund des Benehmens von gewissen Individuen urteilen darf, so ergibt sich mit Sicherheit ein

günstiges Urteil über Verbannungen.

Als Beispiel kann ich die Aufrührer anführen, die auf der „Eliza“ ankamen. Mehrere von ihnen starben gleich nach ihrer Ankunft an Krankheiten, die offensichtlich durch ihre Verzweiflung verursacht waren. Viele von ihnen waren niedergedrückt und wie betäubt von Kummer und Sorge. Auch nachdem sie Ansiedlern zugeteilt worden waren, war ihr Los noch lange Zeit hindurch nicht weniger unglücklich.“

Das war die letzte Orgie, die sich das alte System leistete. Noch im selben Jahre, in dem die Abgeurteilten England verließen, wurde von Lord Russell eine Gesetzesvorlage zur Parlamentsreform eingebracht, die schließlich angenommen wurde und der Vorherrschaft der Großgrundbesitzer im Parlament ein Ende bereite. Künftig mußten sie ihre Herrschaft mit den Industriellen teilen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung so mächtig geworden waren, daß man ihnen einen entscheidenden Einfluß auf die Regierung nicht mehr vorenthalten konnte.

Die Landarbeiter aber versuchten nach dem mißlungenen Aufstand von 1830 nicht mehr, sich mit Gewalt aus dem Elend zu befreien, das ihrem Leben seitdem mehr und mehr den Stempel aufdrückte. Gerhard Kumbelen.

Die Geschäftsbrille.

1. Deutscher Hopfenbericht.

Der Syndikus Schlöder des deutschen Hopfenbauverbandes bereiste im Auftrag seines Verbandes das Gebiet der tschechischen Konkurrenz, nämlich das Hopfenbau-Gebiet bei Saaz. Dieses ist so groß wie die gesamte Hopfenanbaufläche Deutschlands. Als Ergebnis der Reise veröffentlichte der deutsche Verband in der dritten Augustwoche folgenden für die Tschechen höchst ungünstigen Bericht des Syndikus:

„Die Pflanzen sind mit Ausnahme der Waldgegenden und eines Teiles des Egertales bis drei Viertel Gerüsthöhe fast ohne Seitenarmentwicklung und zeigen wegen starken Auftretens der Peronospora (einer Hopfenkrankheit, H.Lt.) sehr schwachen Behang. Das Gelbwerden und Absterben der Blätter, das schon bis über die Mitte der Pflanzenhöhe hinausreicht, ist nicht, wie verschiedentlich behauptet wird, auf häufigen Regen zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die Peronospora, die von den Blättern und Stengeln bereits auf die Dolden übergelassen hat, sodaß die Ernte noch eine gewaltige Einbuße erleiden kann, um so mehr, als die Pflanzler der Bekämpfung dieser furchtbaren Geißel, der kein Land zu entinnen scheint, wehrlos gegenüberstehen.“

2. Tschechischer Hopfenbericht.

Nach diesem Bericht der deutschen Produzenten könnte man also meinen, die Qualität des tschechischen Hopfens sei

unter allem Hund. Gerade das Gegenteil aber meldet der tschechische Korrespondent der Hopfen-Verbraucher. Er schrieb in der „Brauerzeitung“ vom 20. August folgendes:

„Die Hopfenorte im Saazer Lande wurde am 14. und 15. August vereinzelt, mehrfach gestern und heute begonnen und wird bis längstens 20. August allgemein im Gange sein. Nach den bisherigen Pflückergebnissen zu schließen wird das Saazer Hopfengebiet heuer ein vorzügliches Produkt von schwerster Qualität liefern. Quantitativ wird die diesjährige Hopfenernte auf zirka die Hälfte gegenüber dem Vorjahre veranschlagt.“

Den Bauern kam es weniger auf die nationale Herkunft als auf die Qualität der einzukaufenden Hopfenware an. Deshalb lehnten sie es ab, die vom deutschen Hopfenbauverband angebotene Geschäftsbrille aufzusetzen.

3. Urteil eines Dritten.

Acht Tage nach der Mitteilung der „Brauerzeitung“ war ein Berichterstatter des „Bayerischen Kuriers“ in der Saazer Gegend. Er hat von der Peronospora-Krankheit überhaupt nichts gesehen und mußte traurig zugeben, daß der tschechische Bericht der „Brauerzeitung“ „der Wahrheit näher kommt“ als der deutsche Bericht des Hopfenbauverbandes. H. Lt.

Baumwollverbrauch in der Krise.

Der Verbrauch von Baumwolle in der gesamten Textilindustrie der Erde hat sich während der Krise verhältnismäßig gut gehalten, wie die folgende Tabelle zeigt.

1. August 1930—31. Januar 1931	11 164 000 Ballen
1. Februar 1931—31. Juli 1931	11 324 000 "
1. August 1931—31. Januar 1932	11 530 000 "
1. Februar 1932—31. Juli 1932	10 793 000 "

Also erst im letzten Halbjahr, über das hier berichtet wird, ist der Weltverbrauch an Baumwolle zurückgegangen. Einige Länder haben auch in diesem Halbjahr noch eine Steigerung des Baumwollverbrauchs zu verzeichnen (die größte: Indien mit 34 000 Ballen). Der Rückgang in einigen anderen Staaten ist jedoch sehr beträchtlich. Er beträgt in

USA	395 000 Ballen
China	172 000 "
Frankreich	100 000 "
Deutschland	50 000 "
Großbritannien	38 000 "
Japan	28 000 "

Der Rückgang in diesen Staaten ist ein deutliches Zeichen dafür, daß infolge des Sinkens der Massenkaufkraft der Textilkonsum sinkt.

Während des vergangenen Halbjahres ist der Verbrauch ostindischer Baumwolle gegenüber dem vorhergehenden Halbjahr um 845 000 Ballen gesunken, während gleichzeitig der Verbrauch an amerikanischer Baumwolle um 85 000 Ballen gestiegen ist. Diese Verschiebung ist eine Folge davon, daß die ostindische Baumwolle im Verhältnis zur amerikanischen stärker im Preis gefallen ist; das wiederum ist eine Folge davon, daß die Vorräte an amerikanischer Baumwolle — dank der Stützungsaktion in den USA! — besonders groß sind.

Insgesamt war Mitte 1932 der Baumwollvorrat um rund 80 Prozent größer als Mitte 1929. Da die Vorräte in den Textilfabriken gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen sind, während gleichzeitig der Gesamtbestand noch erheblich gestiegen ist, ergibt sich, daß die Vorräte bei Produzenten und Händlern besonders stark angestiegen sind. Eine drohende Gewitterwolke am Baumwollmarkt!

DEUTSCHLAND

1000 Beamte geschädigt: Die gemeinnützige „Heimbau G. m. b. H.“ ist mit Schulden in Höhe von dreiviertel Millionen Mark zusammengebrochen. Etwa 1000 Beamte, die Mitglieder der Genossenschaft sind, verlieren ihre Anteile von je 200 Mark und werden vom Konkursverwalter außerdem mit 200 Mark Haftsumme in Anspruch genommen werden.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ in Breslau: Das freie Vermögen dieser zahlungsunfähigen Genossenschaft beträgt rund 325 000 Mark, die nicht gesicherten Forderungen dagegen rund 2 Millionen Mark. Nach dem Vergleichsvorschlag sollen die Spargläubiger ihre Guthaben zwei bis drei Jahre zinslos und sie dann ratenweise voll zurück erhalten.

NORWEGEN

Protest gegen die deutsche Heringszollerhöhung: Die Zeitung „Aftenposten“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß von norwegischer Seite Gegenmaßnahmen ergriffen werden, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß Norwegen von Deutschland drei Mal so viel Waren kauft wie Deutschland von Norwegen. — Der Gesamtwert der norwegischen Salzheringsausfuhr nach Deutschland betrug im vorigen Jahr 2 145 000 Kronen.

USA

Steigende Beschäftigung im Staate New York: Im August waren 2,9 Prozent Arbeiter mehr beschäftigt als im Vormonat; die Zahl der Beschäftigten ist seit Jahresfrist erstmals gestiegen. Da gleichzeitig die Kurzarbeit abgenommen hat, ist die ausgezahlte Lohnsumme sogar um 3,7 Prozent gestiegen. Die Zahlen aus dem Stadtbezirk New York lauten noch günstiger: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat um 6 Prozent, die Lohnsumme um 7,2 Prozent zugenommen. — Da saisonmäßig eine Besserung nur um einen Bruchteil eines Prozentes zu erwarten gewesen wäre, handelt es sich — wie die Angaben den Tatsachen entsprechen und nicht nur Wahl-mache sind — um eine erhebliche Belebung.